Verantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Roeckner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
O. Knorre in Posen.



Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechsundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief.
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8,
in Gnesen bei S. Chraplewski,
in Meseritz bei Ph. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadesohn
u. bei den Inseraten-Annahmestellen
von G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse
und „Invalidendank".

Nr. 784.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 8. November.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

Amtliches.

Berlin, 7. November. Der Kaiser hat im Namen des Reichs den bisherigen Vizekonsul bei dem Generalkonsulat in Shanghai, von Syburg, zum Konsul in Bombay, und an Stelle des auf seinen Antrag entlassenen bisherigen Konsuls M. Börresen den Kaufmann Einar Rolfsen zum Konsul in Drammen (Norwegen) ernannt.

Der Kaiser hat den Geheimen Ober-Regierungsrath und vortragenden Rath im Reichsamt des Innern, von Huber, zum Direktor der kaiserlichen Normal-Aichungskommission ernannt.

Der König hat den Amtsrichter Wennecker, zur Zeit in Kiel, zum Regierungsrath ernannt.

Der ordentliche Lehrer Dr. Bartels am Luisen-Gymnasium zu Berlin ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt befördert worden. Der praktische Arzt Dr. Wolff in Joachimsthal ist, unter Belassung in seinem Wohnsitz, zum Kreis-Wundarzt des Kreises Angermünde ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung vom 7. November, 1 Uhr.

Das Haus setzt die erste Berathung des Sozialistengesetzes fort.

Abgeordneter v. d. Decken (Volkspartei): Ich stehe dem Gesetze durchaus antipathisch gegenüber, weil es im wesentlichen nur ein Ausfluß des jetzt herrschenden Geistes der absoluten Staatsraison ist, den meine Partei bekämpft. Zwar ist die Vorlage gegen einen revolutionären Geist gerichtet, den auch wir bekämpfen, aber derartige Ausnahmegesetze sind vom Uebel. Es ist die höchste Zeit, dieses Ausnahmegesetz aufzuheben; denn das gemeine Recht ist vollkommen ausreichend. Die Bekämpfung des Sozialismus kann nur durch Belehrung der Sozialdemokraten über die Unausführbarkeit ihrer Ziele geschehen. Man muß ferner auch die Arbeiterschutzgesetzgebung mehr fördern, als es jetzt seitens der Regierungen geschieht. Aber das Sozialistengesetz verewigen auf die Gefahr hin, daß damit auch die loyalen, auf Lohn- und Arbeitszeitfragen bezüglichen Bestrebungen der Arbeiter getroffen werden, das ist eine widerspruchsvolle Politik, die in Arbeiterkreisen die Verbitterung nur noch steigern muß. Den Agitatoren drückt das Gesetz den Stempel des Märtyrerthums auf. Die Geschichte des Kulturkampfes, der das Zentrum zu seiner gewaltigen Größe emporgebracht hat, sollte warnen, mit mechanischen Mitteln geistige Bestrebungen unterdrücken zu wollen. Fürchten wir Gott, aber nicht das Gespenst der Sozialdemokratie!

Abg. Kulemann (nl.): Der Abgeordnete Munckel hat gestern sogar die Praxis der Gerichte bei Ausführung des Sozialistengesetzes bemängelt und getadelt, daß einzelne Gerichte in der Zugehörigkeit eines Angeklagten zur Sozialdemokratie ein erschwerendes Moment gefunden haben. Ja, ich kann mir doch eine ganze Reihe von Vergehen denken, bei denen dieses Moment allerdings bei der Strafabmessung verschärfend ins Gewicht fallen kann. Ich halte den Standpunkt der Regierung durchaus nicht für widerspruchsvoll, daß sie sagt, das Gesetz hat seine volle Wirkung noch nicht gethan, so daß wir es entbehren könnten, aber es hat immerhin so gewirkt, daß ohne das Vorhandensein des Gesetzes die Sache noch viel schlimmer wäre und deshalb wollen wir es verlängern. Die Herren auf der linken Seite vertreten den alten abgelebten Standpunkt des Manchesterthums, Alles gehen zu lassen wie es will, wir aber können uns den Aufgaben der Gegenwart nicht verschließen. Unsere Schutzmaßregeln gegen die Sozialdemokratie sind nicht ein Ausdruck der Furcht, sondern nur die Bethätigung weiser Vorsorge.

Die Rechtsgarantien sind nicht werthlos, denn sie schaffen Präjudizien für die unteren Behörden für die weitere Handhabung des Gesetzes. Gegen bewußte Uebertretung schützt die Ehrenhaftigkeit des deutschen Beamtenstandes. Wenn die Freisinnigen glauben, in freien Versammlungen die Sozialdemokraten überzeugen zu können, so überschätzen sie ihr Können. Die Sozialdemokratie hat die Macht, solche Versammlungen zu sprengen. Das gemeine Recht reicht nicht aus, denn das Strafgesetzbuch hat nur repressive Mittel; gegen die Sozialdemokraten müssen wir aber präventive Maßregeln haben. Will Jemand auf mich schießen, dann werde ich mich doch nicht mit dem Gedanken begnügen, daß der Thäter nachher bestraft wird. Wir haben deshalb keine Neigung, den Weg des gemeinen Rechts zu betreten.

Die Gemeingefährlichkeit und die Neigung zur Gewalt auf Seiten der Sozialdemokraten ist nicht abzuleugnen. Hat man doch gesagt, man werde die Abgeordneten, welche für ein derartiges Gesetz stimmen, persönlich verantwortlich machen. (Oho! und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten besteht kein so großer Unterschied, als man hier aufzustellen beliebt. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Denn wenn Einer unzufrieden ist, geht er zu den Sozialdemokraten, ist er sehr unzufrieden, dann wird er Anarchist. Abg. Frohme: Albernheit!) Der Ausdruck Albernheit dürfte nicht ganz parlamentarisch sein. (Abg. Frohme: Aber zutreffend!)

Vizepräsident Dr. Buhl: Ich habe den Ausdruck nicht gehört, sonst würde ich ihn gerügt haben.

Abg. Kulemann (fortfahrend): Jedenfalls muß der friedliche Bürger im Rechtsstaat gegen derartige umstürzlerische Bestrebungen geschützt werden. Daß der „Sozialdemokrat" wenigstens verblümt den Meineid im Interesse der Partei empfohlen hat, das werden Sie nicht abschütteln können. (Abg. Bebel: Wo steht das?)

Die bisherige Handhabung des Gesetzes ist nicht die richtige gewesen und muß sich in Zukunft ändern. Man muß unterscheiden zwischen den berechtigten Arbeiterbestrebungen und den spezifisch sozialdemokratischen Zielen. Die Masse des Volkes kümmert sich furchtbar wenig um die Staatsform, die Sie ihr versprechen, sie will praktische Förderung ihrer berechtigten Wünsche. Daß die Sozialdemokraten verstanden haben, sich an die Spitze der berechtigten großen Arbeiterbewegung zu stellen, hat ihnen die Massen von Wählern verschafft. Der Staat muß diese Aufgabe jetzt übernehmen, er wird mit Nothwendigkeit zur Sozialreform getrieben, und wir werden noch viel weiter zum Sozialismus getrieben werden, als bis jetzt abzusehen ist. Wie die französische Revolution den Bürgerstand emporgehoben hat, will die heutige große Arbeiterbewegung den vierten Stand organisiren. Diesem Organisationsbedürfniß muß Rechnung getragen werden. Man wird an eine Besserung der wirthschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterklassen denken müssen, namentlich durch Erhöhung der Löhne auf Grund veränderter Produktions-Bedingungen. Auf demselben Boden stehen die sogenannten Gemäßigten der sozialdemokratischen Partei und mit diesen könnten wir uns verständigen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bebel (Soz.): Die Rede des Abg. Kulemann schien beinahe eine Rede für einen Ministerposten zu sein. (Heiterkeit.) Aber wenn er die Verwaltung in der Hand hätte, welche Rechte würden den Sozialdemokraten dann noch verbleiben? Ihm gegenüber ist der preußische Minister des Innern gegen uns noch ein Muster an Urbanität. Die sozialpolitischen Entwickelungen, in die der Vorredner sich vertieft hat, sind für mich leider durchaus unverständlich geblieben. Die Summe der 700 000 sozialdemokratischen Wähler beängstigt ihn; nun, wir hoffen bei den nächsten Wahlen auf eine Million zu gelangen. Wenn zum Beweise des umstürzlerischen Charakters der Sozialdemokratie darauf hingewiesen ist, daß sie 1880 das Wort „gesetzlich" aus ihrem Programm — Agitation mit allen gesetzlichen Mitteln — gestrichen habe, so geschah dies nur, weil das Sozialistengesetz inzwischen eine Reihe von Agitationsmitteln, die allen anderen Parteien zu Gebote ständen, uns geraubt hatte, auf deren Anwendung wir gleichwohl nicht verzichten mochten. Die Unterlassung dieses Beschlusses würde für uns die Anerkennung des Sozialistengesetzes bedeutet haben. Dasselbe ist in seiner Anwendbarkeit vollkommen unberechenbar, es hängt ganz von der Willkür, dem Belieben des einzelnen Beamten ab, was er als umstürzlerisch oder friedengefährdend erachten will. An 10 000 Haussuchungen haben auf Grund des Sozialistengesetzes stattgefunden, die Zahl der durch Schließung von Druckereien, durch Ausweisungen vernichteten Existenzen ist eine sehr erhebliche, von Vereinsverboten und Versammlungs-Auflösungen gar nicht zu reden, die polizeilichen Vexationen gehen ins Enorme. Im liberalen Musterstaate Baden kann ich keine Geschäfte besorgen, ohne daß Polizisten vor dem Hotel Posten stehen und auf Schritt und Tritt wie Hunde hinter mir herlaufen. (Heiterkeit.)

Was haben Sie erreicht? Wir nehmen an Ausbreitung zu und die nächsten Wahlen werden Ihnen zu Ihrem Staunen zeigen, daß wir auch auf dem Lande bedeutende Anhängerschaaren schon gewonnen haben, nicht blos in den Industriezentren. Als die Karlsbader Beschlüsse ergingen, wurde der damalige moderne Liberalismus in eben der Weise als staatsfeindlich bezeichnet und verfolgt, wie heute wir, und noch 1863 erging die berühmte Preßordonnanz gegen die fortschrittliche Presse: in jenen Beschlüssen wie in diesem Edikt finden sich dieselben gegen andere Richtungen gerichteten Vorwürfe, an die wir heute gewöhnt sind: Untergrabung von Christenthum und Sittlichkeit, Gefährdung des öffentlichen Friedens. Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Wenn solche historische Wandelbarkeit der Begriffe offenbar ist, so sollte der Reichstag einmal seinerseits eine Definition geben, was denn auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eigentlich gerichtet ist. Aber das kann Niemand definiren. Auf den Umsturz der Gesellschaftsordnung berechnet kann bereits eine von den Arbeitermassen gegebene Darlegung sein, daß die Kopfsteuer den Armen am schwersten drückt und daß die indirekten Steuern eine Ungerechtigkeit sind.

Es ist doch stark, uns vorzuwerfen, daß wir den Staat umstürzen wollen, während wir gerade eifrig bemüht sind, die Gewalt des Staates in unserer Hand zu konzentriren. Wenn wir uns dazu der Gewalt bedienen wollten, dann ist ja das Sozialistengesetz längst überschritten, dann läge schon gemeinrechtlich der Versuch des Hochverrathes vor. Wir vertreten hier die politisch bewußte, die denkende Arbeiterklasse, jeder Arbeiter muß mit Nothwendigkeit, wenn er politisch aufgeklärt wird, zu uns kommen, und lediglich dies wollen Sie mit Ihrem Sozialistengesetze verhindern. Wie zahm sind doch unsere Bestrebungen, wenn Sie damit vergleichen, was z. B. noch 1846 der heute noch lebende Professor Biedermann schrieb, daß die Zeit wohl nicht mehr fern sei, wo die letzten Freiheitstheorien, die der Kommunismus aufstellt, verwirklicht werden. Das wurde 1846 bei Brockhaus in Leipzig gedruckt. Ueberläuft Sie nicht dabei eine Gänsehaut? (Heiterkeit.)

Das Bundesrathsmitglied für Baden, Herr v. Marschall, hat 1878 als Mitglied des Reichstags gesagt: Schaffen Sie ein kurzdauerndes, aber ein schneidiges Gesetz! Und heute will er dieses schneidige Gesetz verewigen! Herr v. Kardorff sprach bereits 1879 von der Nothwendigkeit, das Ausnahmegesetz zu beseitigen und durch gemeinrechtliche Bestimmungen zu ersetzen. Und schon bei der Berathung des ersten Sozialistengesetzes sprach aus der Rede v. Bennigsen die Ahnung, daß das Sozialistengesetz nur Vorwand der Reichstagsauflösung gewesen sei und die Sache wo ganz anders hinauslaufe. Herr von Bennigsen hat damals die kurze Dauer des Ausnahmegesetzes in den Vordergrund gestellt und niemand kann die Gefahren und Bedenken der kautschukartigen Bestimmungen, die es enthält und mit der steigenden Dauer in immer erhöhtem Maße zeitigen muß, besser charakterisiren und deutlicher voraussagen, als Herr v. Bennigsen es damals gethan hat. Wenn das Deutsche Reich einen Preis dafür aussetzen würde, wer am besten die Grundsätze klar und deutlich darlegen könnte, nach welchen die verschiedenen Regierungen das Gesetz handhaben, würde niemand den Preis zu gewinnen vermögen. Die Auflösungen von Vereinen sind bei den allerverschiedensten Anlässen und aus den allerwunderlichsten Gründen erfolgt; u. a. wurde einmal ein Vortrag über die beste Ernährung der vorschulpflichtigen Kinder verboten (Heiterkeit.) Gerade die sächsische Polizei hat sich in solchen Verboten hervorgethan. Die Wirthe werden bearbeitet, man droht, ihnen die Konzession zu entziehen, beschränkt die Polizeistunde und chikanirt sie auf die möglichste Weise. Der Arbeiter wird mit Gewalt zu dem Bewußtsein gebracht, daß er ein Bürger zweiter Klasse ist. Beschwerden gegen solche Verbote haben keinen Zweck. Ich weiß keinen Fall, in welchem dem Arbeiter gegen den Beamten Recht gegeben ist. Ihre Milderungen, die Sie bezüglich der Rechtsgarantien hineinbringen wollen, sind darum absolut werthlos und werden doch keine Mißgriffe verhüten. In einem Falle hat sogar ein Landrath von den armen Arbeitern 10,50 M. verlangt für den Bescheid auf die Beschwerde, daß die Versammlung mit Recht aufgelöst ist. In Sachsen sind Preßartikel beschlagnahmt worden, welche in der Berliner Presse unbeanstandet durchgegangen sind. Wir sehnen uns schon in Sachsen nach den Berliner Zuständen. (Heiterkeit.) Eine Parteiversammlung in Breslau, um Kandidaten aufzustellen, wird erlaubt, eine in Nürnberg zu dem gleichen Zweck verboten.

Der kleine Belagerungszustand nützt doch nichts. Werden die Führer ausgewiesen, so können wir unsere Arbeit an anderen Orten intensiver wieder aufnehmen. Mir hat man meine Existenz ruinirt, ich bin gezwungen worden, aus meinem Geschäft auszutreten. Um so energischer und unbehinderter habe ich mich der Sache widmen können. So ist es vielen anderen ergangen. Uns ist es dann ganz egal, wo wir wohnen. Der kleine Belagerungszustand hat keinen anderen Zweck, als persönliche Rache an den Führern auszuüben. Wird das Gesetz jetzt fristlos, dann wird man mit dem Ausweisungsparagraphen den 2 bis 3 Dutzenden Leuten, vor allem uns Reichstagsabgeordneten an den Kragen gehen.

Das Gesetz korrumpirt auch die Justiz. In einem Flugblatt habe ich das Sozialistengesetz infam genannt und wurde deshalb angeklagt. Trotzdem die Polizei jeder Zeit meinen Aufenthaltsort kannte, wurde ich am ersten Pfingstfeiertage in Dresden verhaftet, weil ich unterstandslos sei, obwohl ich sächsischer Landtagsabgeordneter war. Man verhaftete mich absichtlich am Feiertage, weil ich da nicht gleich beim Gericht Beschwerde einlegen konnte. Als ich dann später verurtheilt wurde, ist der Präsident der Strafkammer zur Belohnung dieser Dienste Landgerichtspräsident geworden. Solche Erfahrungen haben auch andere Parteigenossen gemacht. So wird die Justiz untergraben. Lockspitzel werden förmlich gezüchtet. Eine kolossale Zahl von Geheimpolizisten ist zerstreut über Deutschland, Europa, selbst über Amerika. Das eigentliche Haupt der politischen Polizei, Herr Krüger, untersteht nicht dem Minister des Innern, sondern dem Minister des Auswärtigen. Dieser Herr ist bei den Kaiserreisen nach Süddeutschland acht Tage vorausgereist nach München, nach Stuttgart, nach Italien, und hat überall die Polizei, die sehr erstaunt darüber war, instruirt, daß man in Erfahrung gebracht, daß Attentate auf den Kaiser geplant würden. Das war nach meiner Ueberzeugung alles erlogen. Ich kann Ihnen heute eine interessante Korrespondenz zwischen dem agent provocateur Schröder und dem Polizeirath Krüger vorlegen. Schröder hat denselben benachrichtigt, daß er eine Dynamitkiste in seinem Hause von dem Anarchisten Eckert habe, die bestimmt sei für die Propaganda der That, um jemand, der nicht mehr lange zu leben habe, vor seinem Tode noch einen Trost mitzugeben, nämlich Kaiser Wilhelm und dem Kronprinzen, und dann später, daß er Nachricht geben werde, wenn die Kiste aus dem Hause gehe. Also Krüger wußte ein halbes Jahr vorher von diesen Dingen, kannte die Personen, die die Kiste in das Haus Schröders gebracht hatten. — — Er hat sie beherbergt und mit deutschem Gelde bewirthet (Unruhe links), anstatt sie und die Kiste dem Gerichte zu überliefern. Der Eckert ist dann nach Deutschland gekommen und in Stuttgart hinter verschlossenen Thüren auf Grund des Dynamitgesetzes zu 18 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, als Beweis für die Wahrheit der Sache. In Hamburg ist ein anderer agent provocateur, Wichmann, von dem Altonaer Polizeirath Engel instruirt worden, nach Berlin zu melden, daß die Hamburger Sozialdemokraten zu große Freiheit hätten, daß er den früheren Parteigenossen in der „Freiheit" denunzirte, Geld unterschlagen zu haben. In München ist ein Geheimbundsprozeß gewesen, wo als Kronzeuge ein ganz niederträchtiger Lump der Polizei diente, die ihn als solchen kannte, und der wegen Sittlichkeitsverbrechen im Gefängniß saß. Das sind die Stützen, welche den modernen Staat aufrecht erhalten sollen! Brauchen Sie denn wirklich ein Ausnahmegesetz, das derartige Blüthen zeitigt? Welches Armuthszeugniß stellen Sie sich damit aus!

Sie wollen jetzt das Sozialistengesetz verewigen, um den häufig wiederkehrenden Debatten über seine Verlängerung mit unseren Ihnen unbequemen Enthüllungen vorzubeugen. Denn das wissen Sie recht gut, in solchen parlamentarischen Darlegungen sind wir nicht die Geschlagenen, sondern Sie. Die einzelnen sogenannten Milderungen der Vorlage kommen gar nicht in Betracht gegenüber der furchtbaren Härte, die künftighin darin liegen soll, daß ein Ausgewiesener nicht wie bisher auf je 1 Jahr, sondern auf ganz ungewisse, vom Belieben der Polizei allein abhängige Zeit ausgewiesen werden soll. Selbst der schwerste Verbrecher, den man unter Polizeiaufsicht stellt, weiß doch im voraus, wie lang bemessen diese Frist ist. Nur Sozialdemokraten stellt man noch schlechter. Mit Gewalt werden Sie die in der Sozialdemokratie sich kundgebende Kulturbewegung nicht unterdrücken. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen und die Vorlage an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr. (Erste Berathung des Bankgesetzes.)

Schluß 4¾ Uhr.

Deutschland.

*** **Berlin**, 7. November. In der Darlegung der Verhältnisse der deutschen Schutzgebiete, welche Unterstaatssekretär Graf Berchem heute in der Budgetkommission gab, wird man am meisten eine Aeußerung über den bekanntlich beabsichtigten Verkauf des größeren und werthvolleren Theiles des südwestafrikanischen Schutzgebiets vermissen. Dagegen fiel es auf, daß Graf Berchem sich besondere Mühe gab, die Aussichten der südwestafrikanischen Gesellschaft, wenn auch nicht als besonders hoffnungsvoll, so doch als keineswegs ungünstig darzustellen. Da der Verkaufsvertrag bereits abgeschlossen ist und nur noch auf die Zustimmung des Auswärtigen Amts wartet, so könnte man fast versucht sein, in der Berchemschen Darstellung ein Symptom dafür zu sehen, daß die Regierung den Verkaufsverhandlungen nicht gerade günstig gegenübersteht. Ohne Zweifel wird der weitere Verlauf der Berathung Gelegenheit geben, auch diese Seite der Frage zu erörtern. — — Als vor einigen Monaten bekannt wurde, daß die Reform der preußischen Einkommensteuer auf Grund des Scholzschen Entwurfs sistirt sei, versuchte man in mittelparteilichen Kreisen, diese überraschende Wendung durch die Annahme zu erklären, die Regierung habe sich davon überzeugt, daß eine Ueberweisung auch nur eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer

an die Kreise und Gemeinden eine Reform der ländlichen Gemeindeverfassung namentlich im preußischen Osten voraussetze. Es war ja bekannt, daß im Ministerium des Innern Erhebungen in dieser Richtung schon seit dem Rücktritt des Ministers v. Puttkamer stattfinden. In der letzten Session des preußischen Abgeordnetenhauses hat Minister Herrfurth es wenigstens nicht für ausgeschlossen erklärt, daß eine bezügliche Vorlage schon in der nächsten Session an den Landtag gelangen werde. Davon scheint indessen jetzt nicht mehr die Rede zu sein. Von offiziöser Seite ist hier soeben darauf hingewiesen worden, daß bezüglich der Reform der ländlichen Kommunalverhältnisse im Regierungsbezirk **Posen** im Wege freiwilliger Vereinbarung nicht unerhebliche Fortschritte erzielt worden seien. In derselben Weise könne das gleiche Ziel auch in den übrigen östlichen Provinzen mit Erfolg angestrebt werden. Von einer Reform auf dem Wege der Gesetzgebung, mit anderen Worten von einer gesetzlichen Inkorporirung der kleineren selbständigen Gutsbezirke in die Gemeinden würde demnach vorläufig nicht die Rede sein.

— — Wenn man davon absieht, daß die **Sozialistendebatte** der letzten vier Tage den vier hervorragendsten Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei Gelegenheit gegeben hat, Agitationsreden in großem Styl zu halten und den Sieg der Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen schon im Voraus zu glorifiziren, so wird man einigermaßen in Verlegenheit sein, ein positives Ergebniß der Debatten zu bezeichnen. Ermüdend kann man dieselben kaum nennen, denn abgesehen von den 60—70 Mitgliedern, die sich während der Verhandlungen im Hause aufhielten und eigentlich nur bei den sozialdemokratischen Reden und den Reden des Ministers Herrfurth und des Abg. von Cuny auf ihren Plätzen erschienen, glänzte der Reichstag durch Abwesenheit. Praktisch war das Interesse an der Debatte durch die Auslassungen des nationalliberalen Fraktionsredners, des deutschkonservativen Dr. Hartmann und des Ministers Herrfurth erschöpft, insofern durch die ablehnende Haltung, welche die deutsch-konservative Partei und die Regierung den Bedingungen gegenüber einnimmt, unter denen die Nationalliberalen geneigt wären, das gemilderte Gesetz dauernd zu bewilligen, das Schicksal des Gesetzes entschieden ist. Einen anderen Zweck als den, diese Thatsachen formell zu konstatiren, können auch die Kommissionsberathungen nicht haben und somit werden dieselben einen ziemlich raschen Verlauf nehmen. Es wird sich da nur darum handeln, ob die Regierung sich mit diesem negativen Ergebniß, auf welches sie vorbereitet zu sein scheint, da Minister Herrfurth gestern die Zweifel an der Annahme des Gesetzes, die schon im Bundesrath bestanden hätten, ausdrücklich hervorhob, begnügt und die Frage eines dauernden Sozialistengesetzes zum Gegenstand der Wahlagitation macht, oder ob sie die Verlängerung des bestehenden Gesetzes auf kurze Zeit acceptirt. In parlamentarischen Kreisen hält man die letztere Eventualität für die wahrscheinlichere, schon deshalb, weil das Hineinwerfen der Frage eines dauernden Sozialistengesetzes in die Wahlagitation den Zusammenhalt der Kartellparteien vielfach erschüttern würde.

— Die konservative Partei des Reichstages hat, wie die „Voss. Ztg.“ hört, beschlossen, im Gegensatze zu der Regierungsvorlage über die Aenderung des **Bankgesetzes**, den Reichskanzler aufzufordern, die Bankantheile zur Rückzahlung zu kündigen und dieselben zum **Nennwerthe** für das Reich zu übernehmen, sowie dem Reichstage einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem die Reichsbank ausschließlich für Rechnung des Reiches betrieben, im Uebrigen die heutige Organisation beibehalten und auch die Fortdauer der Privatnotenbanken gestattet werde. Die letztere Bestimmung ist ein Zugeständniß an die Partikularisten. Die Kündigung muß nach § 41 des Bankgesetzes zum 1. Januar 1891 erfolgen.

— In der Budgetkommission wurde heute mitgetheilt, daß die Nachforderung für die **Expedition Wißmann**, welche sich auf ungefähr 2 Mill. M. belaufe, dem Reichstag demnächst zugehen werde. Darnach betragen die Kosten der bisherigen Expedition, die bereits bewilligten 2 Millionen einbegriffen und abgesehen von den Kosten, welche die Betheiligung der Kriegsmarine an der Expedition verursacht hat, im Ganzen 4 Mill. M. Die Bewilligung der Kosten für die Wiedereroberung des südlichen Theils der ostafrikanischen Küste wird erst später nachgesucht werden.

— Die **Wohlgemuth-Affaire** hatte heute in der Budgetkommission ein seltsames Nachspiel. Als Abg. Baumbach seiner Befriedigung über die Errichtung eines **Konsulats in Basel** Ausdruck gab, in der Erwartung, daß dadurch die Verstimmung, welche die Wohlgemuth-Affaire hinterlassen habe und von deren Vorhandensein er sich bei seiner Anwesenheit in der Schweiz überzeugt hatte, beseitigt werden würde, erklärte Unterstaatssekretär Graf Berchem zur allgemeinen Ueberraschung, der Regierung sei von einer solchen Verstimmung nichts bekannt. Zwischen der Schweiz und Deutschland bestehe das beste Einvernehmen. Abg. Baumbach erwiderte, wer s. Z. die „Nordd. Allg. Ztg.“ gelesen habe, werde über diese Mittheilung auf das Höchste erstaunt sein. Man müsse nur fragen, weshalb der Niederlassungsvertrag mit der Schweiz gekündigt worden sei? Graf Berchem wies darauf hin, daß dieser Vertrag noch fast ein Jahr in Kraft bleibe und die Regierung zu Verhandlungen über die Erneuerung desselben bereit sei. Bei den bestehenden guten Beziehungen sei die Verständigung über einen neuen Vertrag nicht ausgeschlossen. Abg. Baumbach meinte, wenn die Sache so liege, so sei es am einfachsten, die Kündigung zurückzunehmen. Graf Berchem schwieg. Angesichts dieses Vorgangs muß man darauf gefaßt sein, daß die Differenzen zwischen der Schweiz und Deutschland aus Anlaß der Wohlgemuth-Affaire für freisinnige Erfindungen erklärt werden.

— Vor einigen Tagen ging eine auch von uns gemeldete Nachricht durch die Presse, daß die **deutsche Handels- und Kolonisationsgesellschaft** sich aufgelöst habe; diese Nachricht wird von Herrn Dr. **Zehlicke** entschieden bestritten. Derselbe schreibt hierüber der „Voss. Ztg.“:

Durch einen Brief unseres Generalbevollmächtigten Herrn Baron Franz von Steinäcker von Wilhelmsburg im Pondolande, der am 5. d. M. in unsere Hände kam, wird uns bestätigt, daß die von uns errichtete Niederlassung sich nicht aufgelöst hat, daß die Situation dort vielmehr eine durchaus günstige ist und unser Generalbevollmächtigter erwartet, daß seine Mühen und Arbeiten bald Früchte tragen werden. Er hat außer der Station Wilhelmsburg Land für 5 Stationen von dem Oberhaupte der Pondos „Ufikao“ erworben, von denen bereits eine im Bau begriffen und nahezu vollendet ist. Vom März nächsten Jahres würden sich sämmtliche Stationen selbst erhalten und bedürften dann keine Zuschüsse mehr von Berlin, und wenn die Tabakernte nur einigermaßen leidlich ausfalle, würde schon im nächsten Jahre die Plantagenunternehmung einen Gewinn abwerfen. Es ist nicht wahr, daß den Beamten die fälligen Gehalte vorenthalten sind, oder daß sie verhungern müßten, und sich um Schutz an das auswärtige Amt gewandt haben. Die Expedition hat allein an Konserven und sonstigen Provisionen für 7000 Mark nach dem Pondolande mitgenommen. Die Gerüchte von einer Auflösung der Station Wilhelmsburg scheinen daher ihren Ursprung zu haben, daß sich der Generalbevollmächtigte veranlaßt fand, mehrere unbotmäßige Beamte zu entlassen, die aber vor ihrer Entlassung abgefunden worden sind und darüber dem Herrn von Steinäcker Quittung gegeben haben. Der Generalbevollmächtigte schreibt, daß die ihm bleibenden Kräfte vollständig ausreichen, seine Aufgabe zu erfüllen, und sich bis jetzt in jeder Weise bewährt haben. Es sind daher die oben erwähnten ungünstigen Mittheilungen wahrscheinlich auf die entlassenen Beamten zurückzuführen.

— Vor einiger Zeit hat der preußische Finanzminister in Sachen der gemäß § 11 sowie der Anmerkung zu Tarifnummer 4 des Reichsstempelgesetzes erfolgenden **Befreiung der Lieferungsverträge vom preußischen Landesstempel** bestimmt, daß von den Verwaltungsbehörden fortan nach Maßgabe der dieserhalb ergangenen reichsgerichtlichen Entscheidungen verfahren werde. Jüngst hat nun im Einverständniß mit dem Finanzminister der **Staatssekretär des Reichspostamtes** den sämmtlichen **Oberpostdirektionen** eine Verfügung zugehen lassen, welche für die Auslegung des Reskripts des Finanzministers von Bedeutung sein dürfte.

Danach sind als gewerbliche Betriebsmaterialien im Sinne des § 11 des Reichsstempelgesetzes alle Gegenstände zu betrachten, welche bei dem Gewerbebetriebe unmittelbar verbraucht werden sollen, mithin nicht bloß im engeren Sinne verbrauchbare Gegenstände, wie z. B. Kohlen, sondern auch Betriebsmittel, z. B. Eisenbahnwagen und Baumaterialien, z. B. Schwellen. Der Post- und Telegraphenbetrieb gilt nicht als Gewerbetrieb, wohl aber der Betrieb der Reichsdruckerei. Ferner wird danach, wenn auch die gesetzlichen Befreiungsgründe sich nur auf vertretbare Sachen beziehen, die Vertretbarkeit doch nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Sachen in einer bestimmt vereinbarten oder durch Zeichnungen oder Muster verdeutlichten Beschaffenheit zu liefern sind, oder daß derjenige, an welchen die Lieferung geschehen soll, sich einen Einfluß auf die Herstellung vorbehalten soll. Es genügt, wenn der Vertrag über solche gleichartige Sachen geschlossen ist, welche nach ihrer natürlichen Beschaffenheit und dem Willen der Kontrahenten als untereinander völlig gleichwerthige und daher in so weit auch als vertretbare in Betracht kommen, ohne daß auf das einzelne Stück für sich irgend wie Gewicht gelegt wird, wogegen es gleichgiltig ist, ob die Gattung, welcher die fraglichen Sachen angehören, durch beigefügte besondere Merkmale weiter oder enger begrenzt wird, wenn nur diese besonderen Merkmale gleicherweise bei allen Stücken derselben zutreffen. Der Finanzminister hat danach weiter angeordnet, daß die Befreiung nach der Anmerkung zur Tarifnummer 4. nicht bloß zu erfolgen habe, wenn in der Vertragsurkunde ausdrücklich gesagt ist, daß der Lieferungsübernehmer nur von ihm selbst im Inlande erzeugte oder hergestellte Sachen oder Waaren zu liefern habe, sondern auch wenn diese Voraussetzung als Vertragswille in irgend einer Weise aus der Urkunde zu entnehmen ist. Schließlich hat der Finanzminister noch anerkannt, daß bei stempelfreien Verträgen auch von der Erhebung des allgemeinen Vertragsstempels für die in den Schriftstücken etwa enthaltenen Kompromiß- oder ähnlichen Nebenverträge abzusehen ist. Der Staatssekretär des Reichspostamtes hat die Oberpostdirektionen angewiesen, hiernach in Zukunft zu verfahren, sowie, wenn künftig Lieferungsverträge geschlossen werden, zu welchen nach den bisherigen Grundsätzen ein Werthstempel zu erheben gewesen wäre, welche indessen jetzt nach den oben angeführten Grundsätzen zu behandeln sind, dafür zu sorgen, daß die Betheiligten auf die Stempelfreiheit des zu

---

Prinzessin Elisa Radziwill.

Von Ernst Koppel.

Wenn ein großes, bedeutendes Leben sich vollendet hat, so ist es ein durchaus erklärlicher Drang der Zeitgenossen, sich fort und fort mit demselben zu beschäftigen und auch bisher verborgenen Einzelheiten nachzuspüren. Es ist dies keine unangemessene Neugier, sondern ein Zug schöner, menschlicher Theilnahme, die es als ein schweres Gesetz der Sterblichkeit empfindet, daß auch das gewaltigste Dasein mit seinen unzähligen Aeußerungen und Ausstrahlungen in das große Nichts versinkt. So sucht man einen Abglanz desselben in der Flucht der Erscheinungen festzuhalten und das geliebte und verehrte Bild mit immer neuen Zügen zu bereichern, ehe die allgewaltige Zeit es verblaßt und abschwächt.

Eine derartige Persönlichkeit ist vor allen Kaiser Wilhelm I. Zu der geschichtlichen gesellt sich bei ihm noch die menschliche Bedeutung, Ehrfurcht und Liebe haben gleichen Theil an der Theilnahme, die ihm sein Volk, die ihm die Welt noch nach seinem Hinscheiden zollt.

Da die größten Ereignisse und Erfolge dieses außerordentlichen Herrscher- und Menschendaseins in das spätere Alter fallen, so steht er im Angedenken der Menschen als Greis dar; dies ist seine historische Gestalt. Der Antheil an seinem Leben aber erstreckt sich auch auf frühere Zeiten, die dem lebenden Geschlecht bereits durch Nebel herüberwinken. Es ist eine Reihe von Jahrzehnten vergangen, über ein halbes Jahrhundert, da Kaiser Wilhelm jung war und aus jenen Tagen tritt dem Sinnenden eine ganze Schaar auserwählter Gestalten entgegen, die zu der Person des späteren Begründers und Kaisers des Reichs in irgend welcher Beziehung standen, Fürsten, Feldherren, Gelehrte, Künstler, Diplomaten, ein ganzer Todtenzug mit Krone, Schwert, Griffel, Feder und sonstigen Attributen hervorragender menschlicher Thätigkeit! Unter ihnen, den meist ernsten und gereiften Männern aber leuchtet eine Erscheinung hervor, so rührend, so herzbezwingend, daß es unwillkürlich lockt, ihren Spuren nachzugehen, ihrem Erdenlauf, der sich früh in ätherische Gefilde verlor . . . . . .

Dieses Wesen, das wie ein Hauch über die Erde gegangen, ist Elisa Radziwill, aus der fürstlichen Familie dieses Namens, die Jugendgeliebte des Kaisers, des damaligen Prinzen Wilhelm, der in den Leiden, die ihm diese Liebe gebracht, das Loos der Menschlichkeit voll und tief empfunden und der seine Seele in der ihm auferlegten Entsagung früh gestählt und in Leid gekräftigt hat.

Das Geschlecht der Radziwill stammt aus Litthauen; es ist uralt und bedeutete einst selbst eine Dynastie.

Im Laufe der Zeit hatte es sich wiederholt mit den Hohenzollern verschwägert; die letzte derartige Verbindung war diejenige des Fürsten Anton Radziwill mit der Tochter des Prinzen Ferdinand, der Prinzessin Luise Friederike, die demnach eine Nichte Friedrichs des Großen war. Dieser glücklichen Ehe entstammte eine zahlreiche Kinderschaar, vier Söhne und zwei Töchter. Die ältere dieser letzteren war Elisa, welche 1803 geboren wurde, also um sechs Jahre jünger war, als Prinz Wilhelm von Preußen, der spätere König und Kaiser. Die Familie der Radziwill bewohnte in Berlin das Palais in der Wilhelmstraße, welches gegenwärtig das Heim des deutschen Reichskanzlers ist. An dieses merkwürdige Haus, das in seinem aristokratisch ehrwürdigen Aeußern eigenthümlich gegen manche moderne Prachtgebäude in seiner Umgebung absticht, knüpft sich somit auch eine Erinnerung, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem ersten deutschen Kaiser steht.

Der Verkehr der königlichen Familie mit diesem Hause war stets ein inniger, der selbst durch die Uebersiedlung des Fürsten als Statthalter nach Posen nicht gestört wurde. Er war ein hochgebildeter Mann, der in der Musik auch als schaffender Künstler Vorzügliches leistete, wie seine Kompositionen zu Goethes Faust beweisen. Es ist ein Gemälde des polnischen Malers Siemiradzki vorhanden, welches: „Eine Soiree beim Fürsten Radziwill“ betitelt ist; auf diesem Bilde erblickt man neben Anderen Chopin, am Klavier sitzend, die beiden Humboldt und Elisa, die man mit der Benennung: „die weiße Rose“ kennzeichnete, um ihre Anmuth, keusche Lieblichkeit und Reinheit auszudrücken. Sie soll die schönste Dame des Berliner Hofes jener Tage gewesen sein, wenn man diese Bezeichnung zugleich für etwas Seelisches, das sich in ihr verkörperte, gelten läßt. Sie wird als schlank, von mittlerer Größe geschildert, ihr Haar war aschblond, das Herrlichste an ihr waren die wundervollen blauen Augen, die einen unsagbar anziehenden Ausdruck hatten. Ihre Bildung soll nicht an die Gelehrsamkeit gestreift haben, aber sie ersetzte durch natürliche Klugheit manchen Mangel an Schulwissen, ihr Charakter dagegen wird allgemein als engelhaft, demüthig und wohlthätig im besten Sinne des Wortes geschildert, kurzum, eine Erscheinung, deren Aeußeres und deren Seelenleben in seltener Harmonie mit ihrem fürstlichen Rang standen.

So war das Mädchen beschaffen, zu welchem Prinz Wilhelm von Preußen eine tiefe und erwiederte Liebesneigung faßte, eine Neigung, die sich nur in der engsten Verbindung, die es unter Menschen giebt, beglückt und befriedigt fühlen konnte, der ein solcher Bund aber vom Schicksal versagt blieb.

Es muß um das Jahr 1820 gewesen sein, als der Prinz dreiundzwanzig Jahre zählte, daß diese Liebe, die ihren Ursprung wohl schon aus früherer Zeit herleitet, dem Jüngling klar zum Bewußtsein gekommen ist.

Am 30. Mai 1820 schrieb er an seinen Lehrer, der ihm zugleich ein Freund war, dem Divisionsgeneral Natzmer in Breslau, worin er einen Ball und eine musikalische Soiree bei der Prinzessin Luise Radziwill erwähnt, und bald darauf wurde der Wunsch in ihm rege, in den Sommermonaten nach Warmbrunn zu gehen, weil die Radziwills sich nach Schlesien begeben wollten. Wenige Wochen nachher, im Juni, stattete er der Familie mit seinem Bruder, dem Kronprinzen, einen mehrtägigen Besuch in Freienwalde ab und im August sah er das geliebte Mädchen in Fürstenstein, wo sie sich mit den Ihrigen zum Besuch beim Fürsten Pleß aufhielt.

Schon damals aber zeigte es sich, daß Sterbliche, die auf den Höhen der Menschheit stehen, der Oeffentlichkeit unrettbar verfallen sind, daß ihr geheimstes Fühlen nicht verborgen bleibt. Das Gerücht von einer beschlossenen ehelichen Verbindung der Liebenden verbreitete sich, ohne daß man wußte, wie und wo es entstanden sei. Der Prinz empfand dies schmerzlich; nichts lag ihm damals ferner, als mit einer offenen Erklärung hervorzutreten, denn sein klarer Verstand sagte ihm, daß er sich wie die Geliebte in eine schwierige Lage bringen würde. In den Briefen an Natzmer drückt sich dieser Kampf zwischen Neigung und stark ausgeprägtem Pflichtgefühl aus; diese merkwürdigen Schreiben sind nur zum Theil veröffentlicht worden, da Kaiser Wilhelm Bedenken gegen einen solchen Schritt hegte, und so sind die Kämpfe dieses fürstlichen Jugendlebens zum größten Theil den Augen der Menge entzogen.

Damals versuchte der Prinz, sich durch Arbeit und Willensstärke von den schmerzlichen Regungen zu befreien, aber es gelang ihm nur unvollkommen. Er war eben ein ganzer Mensch und so drang auch das Loos der Menschlichkeit voll und ganz auf ihn ein und trieb scharfe Stacheln in sein bewegtes Gemüth. Der Mann, der als Greis der durch ih[n] geeinigten Nation ehrwürdig vorleuchten sollte, war eben [zu] seiner Zeit auch ein ganzer Jüngling. Der König erkannte den Zustand des ritterlichen Sohnes; gern hätte der mit den Regungen des Herzens Wohlvertraute dem Sohne das Glück einer Ehe, welche die Liebe geschlossen, gegönnt, hatte er seinen Kindern doch in dem Bündniß mit der unvergeßlichen und unvergessenen Luise ein herrliches Beispiel ehelichen Glücks gegeben. Aber die Staatsraison, dieses Verhängniß der Großen dieser Erde, erwies sich auch hier mächtiger, als das Gefühl, die Satzung der Menschen gewaltiger als das Gesetz der Natur. Das Hausministerium erklärte nach reiflicher Erwägung, daß die Verbindung keine ebenbürtige sein würde und daß der

errichtenden Vertrages aufmerksam gemacht und zu einer entsprechend niedrigeren Preisstellung bewogen werden.

— **Bautzen**, 5. November. Im Hinblick auf die seit einiger Zeit eingetretene Vertheuerung aller Lebensmittel sowie auch der Kohlen hat neuerdings die hiesige Firma Gebrüder Weigang beschlossen, vorerst für die Zeit vom 1. d. M. bis zum 31. März 1890 allen ihren Arbeitern eine Theuerungszulage zu gewähren, welche je nach den Alters- und Lebensverhältnissen der einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen 1 bis 4 Mark monatlich betragen soll. Die genannte Firma, deren Inhaber Stadtrath Ed. Weigang im Jahre 1881 im dritten sächsischen Wahlkreise als fortschrittlicher Reichstags-Kandidat auftrat, beschäftigt gegenwärtig mehr als 400 Arbeiter. (Voss. Ztg.)

Stadtverordneten-Sitzung.

Posen, den 7. November.

Erschienen sind die Stadtverordneten Bach, Benemann, Brodnitz, Kahle, Fontane, Förster, Friedländer, Herzberg, Dr. Hirschberg, Jäckel, Dr. Jarnatowski, Kirsten, König, Krieger, Dr. Landsberger, Leitgeber, Manheimer, Müller, Nötel, Orgler, Prausnitz, Rosenfeld, Schönlank, Türk, Victor, Wegner, Wollburg und Ziegler.

Der Magistrat ist vertreten durch: Oberbürgermeister Mueller, Bürgermeister Kalkowski, Stadtbaurath Grüder und die Stadträthe: Annuß, Kantorowicz, Kronthal, Dr. Osowicki, Reymer und Schweiger.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Vorsitzende, Justizrath Orgler, mit Bezug auf die gestrige Verhandlung die Paragraphen 16 und 19 der Geschäftsordnung. Es erhält darauf Oberbürgermeister Mueller das Wort zur Fortsetzung der Berathung über den Neubau eines Stadthauses: Aus rein praktischen und nüchternen Gründen habe der Magistrat die Vorlage der Stadtverordneten-Versammlung zugehen lassen. Die Veranlassung zu derselben hätten die schreienden Mißstände, welche in fast allen Amtsräumen herrschten, und die große Zersplitterung der Verwaltung gegeben. Diese von der Kommission fast einstimmig anerkannten Mißstände hätten sich in Jahresfrist so gesteigert, daß das Bedürfniß des Neubaues nicht mehr bestritten werden könne. Der Magistrat könne nicht länger die schwere Verantwortung auf sich laden, die Beamten in Lokalen arbeiten zu lassen, welche durch ihre schlechte Beschaffenheit Gesundheit und Leben gefährden. Es sei unbestreitbar, daß man bei einem Neubau den ins Auge gefaßten Platz benutzen müsse. Die darauf stehenden Gebäude seien unserer Stadt ganz unwürdig und der Platz lange nicht genügend ausgenutzt. Der Stadtverordnete Schoenlank habe gestern für ein Stadthaus ohne Sitzungssäle plädirt. Seine gute Absicht sei nicht zu verkennen. Um der Stadt Ausgaben zu ersparen, wolle er lieber in dem bisherigen Saale im Rathhause, welcher doch nicht mehr genüge, arbeiten. Er verkenne nicht, daß die städtischen Behörden verpflichtet seien, die Interessen der Steuerzahler zu wahren. Jedoch sei das scheinbare Sparen diesmal nicht am Platze. Die Auffassung, daß durch Weglassen der Säle nahezu die Hälfte der Baukosten erspart werde, sei eine irrige. Die Säle als solche seien ebenso billig herzustellen, wie eine Anzahl von Geschäftsräumen mit gleichem kubischen Inhalt. Die Facade solle der Sitzungssäle wegen nicht reicher ausgestattet werden. Wie die Kommission beschlossen habe, soll das neue Gebäude sich durch einfache, edle Form, nicht durch überladenen Schmuck auszeichnen. Nach der Städteordnung müßte Posen jetzt schon 54 Stadtverordnete haben, da es bereits über 70 000 Einwohner zähle, und es muß 60 haben, wenn seine Einwohnerzahl auf 90 000 Seelen gestiegen ist, was nicht in zu weiter Ferne zu erhoffen sei. Es sei in nächster Zeit zu erwarten, daß die Bürgerschaft eine der Einwohnerzahl entsprechend große Stadtverordneten-Versammlung fordern werde, und dieser Wunsch würde ein berechtigter sein, dem man nachkommen müßte. Daher sei es gewiß ganz verfehlt, wenn man ein Stadthaus ohne Sitzungssaal bauen wolle; der alte Saal sei für 36 Stadtverordnete und 13 Magistratsmitglieder viel zu klein. Man habe daran gedacht, ihn auf geeignete Weise zu vergrößern; allein das ginge nicht an. Was endlich die Unterbringung der Börse in den Sälen des Rathhauses anbelange, so habe der Magistrat diesen Theil der Vorlage, ebenso wie den Vorschlag vom Bau der Läden im Parterregeschoß des Stadthauses lediglich aus finanziellen Rücksichten gemacht, um einen Theil des Anlagekapitals dadurch zu verzinsen. Seit der Versammlung diese Vorlage zugegangen, sei durch Reichsgesetz die Alters- und Invaliden-Versicherung, welche für Posen einen größeren Geschäftsumfang bedinge, als die Armen-Verwaltung und die Krankenversicherung, angenommen worden. Auch müsse die Stadt nach dem neuen Gesetz über die Provinzialverwaltung einen Stadtausschuß einrichten, wodurch abermals eine Vermehrung der Lokalitäten erfordert wird. Eine Berechnung habe den Magistrat zu der Ueberzeugung gebracht, daß es kaum möglich sein werde, die Gesammt-Verwaltung in den beiden Gebäuden unterzubringen. Man werde nicht daran denken können, Räume zu Börsenzwecken herzugeben. Die Verwendung der Säle im Rathhause zu diesem Zwecke bedinge aber einen Umbau des Rathhauses, die Wegnahme der Treppen u. s. w., was einen Kostenaufwand von ca. 60 000 M. verursachen würde. Würden die Räumlichkeiten auf 20 Jahre zu diesen Zwecken vermiethet werden, so würde sich die Summe wohl verzinsen; lautete der Kontrakt aber nur auf 5 Jahre, so wäre es thöricht, sich mit solchen Plänen zu befassen. Mit den Läden, die parterre eingerichtet werden sollen, stehe es ähnlich. Sei man der Meinung, daß die fünf Etagen des Neubaues auf eine lange Reihe von Jahren nicht sämmtlich nothwendig seien, dann möge man für die Einrichtung der Läden stimmen, ja selbst dann schon, wenn man annehmen könne, daß dieselben wenigstens 20 Jahre als solche benutzt werden können. Vermiethe man sie aber nur auf kurze Zeit, weil sie später zu Büreaux gebraucht werden, so verführe man nicht rationell.

Stadtv. **Brodnitz** macht zunächst auf die Wichtigkeit der Vorlage aufmerksam und bittet um deren eingehende Berathung. Er erkennt das Bedürfniß des Neubaues zur Zeit nicht an. Wünschenswerth sei derselbe, nicht aber jetzt nothwendig. Er bittet, die Versammlung möge den Bau des Stadthauses noch auf 4 bis 5 Jahre verschieben, da nach seiner Ansicht man sich so lange noch wirklich behelfen könne. Man möge etwa im Jahre 1894 die Ausführung des Bauprojektes beginnen, weil dann die Anleihe aus dem Reichsinvalidenfonds sich amortisirt habe, denn diese erfordere jährlich an Zinsen und Amortisation ca. 237 000 Mk., welche Summe die Stadt von dem Jahr 1894 ab nicht mehr zu zahlen habe. Zuerst müssen die Aufgaben gelöst werden, welche am dringlichsten sind. Und zu diesen gehöre zunächst die Eindeichung der Warthe, die Neupflasterung der Straßen und die Kanalisation. Endlich, wenn die Versammlung doch den Bau eines Stadthauses beschließen sollte, sei er ganz entschieden gegen die Einrichtung von Läden im Parterregeschoß, da sie nicht in ein Stadthaus gehörten, und gegen das viel zu niedrig bemessene Zwischengeschoß. Ein Gebäude mit Parterre und 4 Geschossen werde für absehbare Zeit genügen.

Stadtverordneter **Jaeckel** hebt die Nothwendigkeit des Neubaues hervor. Er sagt, daß der Gang der Verwaltung durch die Zersplitterung, wie sie jetzt bestehe, sehr leiden müsse, da er auf vollständiger Zentralisation basirt. Naturgemäß laufen alle Fäden in der Hand des Oberbürgermeisters zusammen. Die Beamten müßten oft aus ihren Bureaux nach dem Rathhause und dadurch gehe viel Zeit verloren. Eine rationelle Ausnutzung der Arbeitskräfte zu Zeiten dringender Bedürfnisse sei ganz unmöglich. Auch werde durch die Zersplitterung der Bureaux, welche in fünf Gebäuden in verschiedenen Straßen untergebracht sind, die Kontrolle über die Beamten sehr erschwert. Die Dringlichkeit anderer Projekte erkenne er nicht an. Durch solche Ausflüchte könne man sich immer gegen das Bauen sträuben. Das Stadthaus hätte eigentlich schon gebaut sein müssen; denn der Bau werde drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen. Auch verlange er als Stadtverordneter gesunde, würdige Räume zu den Sitzungen der Versammlung. In nächster Zeit werde man jedenfalls die Forderung auf Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten stellen, und daher müsse man nothwendiger Weise baldigst einen größeren Saal haben. Es sei also nur praktisch, wenn man einen solchen im Stadthausbau vorsehe. Endlich sei er für volle Ausnutzung des Platzes, für die Anlage eines Zwischengeschosses und für die Einrichtung von Läden im Parterre. Ein Projekt, in welchem die Läden nicht vorgesehen, sei für ihn unannehmbar. Er bedauere lebhaft, daß der Magistrat seine Ansicht über diesen Punkt so plötzlich geändert habe; auch könne er nicht verstehen, daß es unmöglich sein sollte, die Läden zu anderen Räumen umzubauen. Einzelne Bürger glaubten sich dadurch beeinträchtigt, daß im Stadthause Läden eingerichtet werden sollen. Das sei ein Irrthum, da der Verkehr durch neue schöne Läden am Alten Markt nur zunehmen könne.

Stadtverordneter **Wollburg** hält den projektirten Neubau zwar für wünschenswerth, sieht aber nicht die Nothwendigkeit desselben ein. Der Neubau müsse seiner Ansicht nach bis auf weiteres wegen der Bedenken, welche die stärkere Belastung der Bürger hervorzurufen geeignet sei, unterbleiben. Die Last der Kommune sei eine große. Gestern habe man 12 000 M. zwecks Ausarbeitung eines Projektes zur Eindeichung der Warthe bewilligt. Es seien ferner viele Beamte neu angestellt worden z. B. die Bau-Polizei. Die für dieselben zu zahlenden Gehälter sind eine erhebliche und dauernde Ausgabe. Auch stehe man vor der Einrichtung einer Mädchen-Mittelschule, einer Volksschule, also auch vor der Einrichtung neuer Lehrer- und Rektorstellen. Unter diesen Umständen müsse man sich auf das Allernothwendigste beschränken, und dazu gehöre der Bau nicht. Mit Ausnahme der Kämmerei-Kasse seien die Lokale seiner Meinung nach noch nicht unzureichend und gesundheitsschädlich zu nennen. Um den Einwohnern höhere Steuern zu ersparen, müßte man schon einige Unbequemlichkeiten ertragen. Sollte aber die Majorität den Bau bewilligen, so rathe er, so groß wie möglich zu bauen und auch den Sitzungssaal der Stadtverordneten in das Stadthaus zu verlegen. Endlich sei er ebenfalls für die Einrichtung von Läden im Parterre.

Stadtverordneter **Kirsten**: Er hätte nicht geglaubt, daß die Frage, ob ein Stadthausbau durchaus nothwendig sei, von einzelnen Stadtverordneten jetzt noch verneint werden würde; denn bereits im September 1884 habe die Versammlung beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, ihr eine Vorlage über den Neubau eines Stadthauses zugehen zu lassen. Schon damals sei also der Bau für nothwendig erachtet worden, und die Gründe, welche man seiner Zeit für denselben geltend gemacht hatte, beständen nicht nur noch heute, sondern sie hätten sich noch erheblich vermehrt. Auch er werde für die Unterbringung des Sitzungssaales im Neubau stimmen.

Stadtv. **Fontane** spricht sein Befremden aus, daß die Herren Brodnitz und Wollburg, welche doch Mitglieder der Kommission gewesen seien, auch aus den Berathungen der Letzteren noch nicht die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des Baues gewonnen hätten. Wer sich im Rathhause genau umsehe, müsse seiner Meinung nach doch unbedingt die Ueberzeugung gewinnen, daß von den zu Bureaux benutzten Räumen nur sehr wenige als geeignet zu betrachten seien. Der von Herrn Wollburg gemachte Vorschlag, die Dienstwohnungen zu Bureaux zu verwenden, laufe auf eine noch größere Zersplitterung hinaus, während man doch gerade eine Konzentration der Verwaltung anstrebe. Er hege das Vertrauen, daß sich die Majorität der Versammlung von der Nothwendigkeit des Baues überzeugt haben und der Ausführung des Projekts zustimmen werde. In Bezug auf die Einrichtung von Läden in dem Neubau, schließe er sich Herrn Jaeckel an. Er glaube, daß in den beiden Häusern für die Stadtverwaltung auf viele Jahre hinaus genügend Platz vorhanden sein werde. Die Hoffnung auf Miethserträge aus einem statt der Läden einzurichtenden großen Rathskeller sei Illusion; die Idee würde hier wenig Anklang finden. Aber von den Läden verspreche er sich erhebliche Miethserträge, und darum sei er für die Einrichtung derselben, um eine mäßige Verzinsung des Anlagekapitals zu ermöglichen. Bezüglich des Saales erlaube er sich die Bemerkung, daß ja nicht das Haus des Saales wegen gebaut werden solle. Da man aber ein Haus bauen will, das Jahrhunderte überdauern werde, so müsse dabei auch auf einen zweckentsprechenden Saal Rücksicht genommen werden. Es sei ja am angenehmsten, wenn der Stadtverordnete sagen könne; man wolle den Steuerzahlern neue Lasten ersparen; es geht so auch schon noch weiter. Wenn man aber eine Ausgabe für nothwendig erkannt habe, dann dürfe man auch die Verantwortung nicht scheuen. Der Stadtverordnete Schoenlank habe in der gestrigen Sitzung die Höhe des Zwischengeschosses, welche auf 3½ Meter veranschlagt sei, bemängelt. Nach dem Urtheil von Fachleuten sei aber diese Höhe vollständig genügend; in vielen Privathäusern treffe man diese Höhe der Zimmer nicht an. Auch würde das Zwischengeschoß in monumentaler Beziehung von Bedeutung sein. Die Facade würde dann nicht so eintönig aussehen.

Prinz auf die Thronfolge verzichten müßte, wenn er seiner Neigung folge.

Als der Prinz das, was er im Stillen gefürchtet, klar ausgesprochen hörte, bemächtigte sich seiner ein tiefer Schmerz. Um Herr seiner Empfindungen zu werden, machte er im Jahre 1822 eine Reise durch Holland und im Jahre 1828 mit Natzmer eine solche durch Italien. Durch lange Abwesenheit hoffte er zu vergessen und vergessen zu werden, aber diese Hoffnung erfüllte sich nicht; ebensowenig die noch immer genährte auf eine endliche Verbindung mit der angebeteten Elisa, der holden „weißen Rose“. Der König selbst wollte sich angesichts einer so rührenden Liebesneigung mit dem Bescheid seines Hausministeriums nicht zufrieden geben; das Gutachten der bedeutendsten Juristen wurde eingeholt, aber das Ergebniß war dasselbe, daß nämlich nur die Töchter regierender Fürstenhäuser und der früher reichsständischen Landesherren ebenbürtig seien.

Es kam noch hinzu, daß sich um diese Zeit Prinz Karl mit der Prinzessin Marie von Sachsen-Weimar vermählte und der weimarische Hof erklärte, daß er für die Kinder dieser Ehe das Vorrecht beanspruchen müßte, falls Prinz Wilhelm sich mit Elisa Radziwill vermähle.

Wie der Prinz, litt die junge Fürstin unsäglich unter der Ungewißheit ihres Looses. Unter den Bäumen des Ruhberger Parkes hat sie in jenen Tagen schwer gekämpft und als die Entscheidung eintraf, die sie für ewig von dem Erkorenen schied, empfand sie, daß es ihr Todesurtheil und daß ihr Dasein abgeschlossen sei. Ihr Schicksal war um so grausamer, als kurz zuvor ein Hoffnungsschimmer am Horizont aufgetaucht war. Es wurde nämlich die Möglichkeit einer Adoption Elisas durch den Prinzen August von Preußen in Erwägung gezogen, aber wieder war es die Staatsraison, die mit seelenloser Stimme erklärte: „Die Adoption könne das Blut nicht ersetzen“. Man ersieht, welches Opfer der nachmalige deutsche Kaiser seinem Volke schon in der Jugend gebracht, ein Opfer freilich, welches eine gütige Vorsehung ihm in den Jahren des Alters überreich vergolten, so überschwänglich, daß er mit wehmüthiger Ruhe dieser Kämpfe seiner jungen Tage gedacht und durch diese wunderbare Fügung in dem großartigen Gottvertrauen, das ihn nie verlassen, bestärkt worden sein mag.

Die bereits erwähnte endgültige Entscheidung über das Loos der Liebenden aber ging derart vor sich, daß der König auf das Drängen seiner Räthe dem Sohn einen Brief schrieb, der in zärtlichen und zum Herzen dringenden Ausdrücken darlegte, was Alles geschehen sei, um ihm sein Lebensglück zu sichern und daß doch nichts Anderes bleibe, als dem Wohle des Staats und des königlichen Hauses seine Neigung zu opfern. Zu diesem Brief entschloß sich der liebende Vater erst, als ein Streit um die Erbfolge innerhalb der königlichen Familie auszubrechen drohte, der das Ansehen der Dynastie aufs Heftigste zu erschüttern geeignet war. Wie man ersieht, zog diese Neigung des Prinzen Wilhelm die verschiedensten Glieder des Königshauses in Mitleidenschaft und auch diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß der Prinz, als er den Brief des Vaters durch General Witzleben empfing, sich nach kurzem Kampf aufraffte und noch am Abend desselben Tages antwortete, daß er gehorchen werde. Aus diesem Brief, wie er geschildert wird, ist der Charakter des nachmaligen Kaisers als Mensch voll zu erkennen. Männliche Seelenstärke, Gottvertrauen, kindliche Ehrfurcht sprechen daraus in großen, reinen Zügen. General Witzleben, der von dem Vorgang aufs Tiefste erschüttert war, bemerkt darüber in seinem Tagebuch: „Welch' ein Sohn, welch' ein Vater!“

Drei Jahre darauf, Jahre, in denen das innere Leben des Opfermuthigen der Welt verborgen geblieben, führte Prinz Wilhelm die Prinzessin Augusta von Weimar zum Altar, der Nation durch diese Verbindung den künftigen Thronfolger, dem königlichen Hause den Stammhalter schenkend, den ein unerbittliches Geschick freilich im kraftvollen Mannesalter der Welt und den Seinen entrissen. Daß der Kaiser die Geliebte seiner Jugend nie vergessen, ist gewiß; aber auch ein äußerer Beweis dafür ist vorhanden in der Anhänglichkeit und liebevollen Gesinnung, welche er durch ein ganzes Leben hindurch ihrer Familie bewahrt hat, durch alle Phasen seiner gewaltigen Laufbahn!

Das Bild der Prinzessin Elisa Radziwill ist dem heutigen schnelllebenden Geschlecht fast erblichen. Von ihren Leiden ist wenig bekannt; man erzählt sich nur, daß sie an einem Junitage des Jahres 1827 im Landschloß zu Ruhberg nach stundenlanger gegenseitiger Aussprache Abschied von dem Erwählten ihrer Seele genommen. In dieser Unterredung wird man sich wahrscheinlich gegenseitig das schwere Opfer abgerungen haben, sich, wenn es nothwendig sei, möglichst unbefangen zu begegnen; jedenfalls ist in dem stillen Landsitz ein Liebesopfer gebracht worden, wie es schmerzlicher und heldenmüthiger selten geschehen ist.

Nicht lange freilich wurde von dem schwachen und doch so starken Mädchen diese Selbstverleugnung gefordert. Wenige Jahre nur waren es, daß sie noch auf Erden weilte. Sie hat das Wort, das sie gegeben, treulich gehalten, denn als im Jahr 1830 der Prinz kurz nach seiner Vermählung mit seiner Gemahlin im Park zu Buchwald als Gast erschien, begrüßte sie das fürstliche Paar und Niemand vermochte in ihren Zügen zu lesen, was in ihr vorging. Ihr Leben glich fortan einem Traum und der Schmerz ihrer Seele wird durch die körperlichen Leiden, die ihr gleichfalls nicht erspart blieben, gedämpft worden sein. Bereits im Jahre 1832 verfiel sie einer abzehrenden Krankheit, gegen welche alle Kunst der Aerzte machtlos blieb. Sie selbst wird dieses Hinschwinden kaum als ein Unglück angesehen haben; wenn einer solchen Seele der Nährboden genommen, löst sie sich wohl willig aus Erdenbanden zum geheimnißvollen Flug in die Ewigkeit.

Es ist ein Schreiben des Prinzen Wilhelm an Natzmer vorhanden, welches von der Krankheit der Prinzessin berichtet. Es heißt darin: „Sie werden nicht minder wie wir erschreckt sein über den leidenden Zustand der Prinzeß Elisa. Es war eine merkwürdige Fügung, daß dieses Unglück bei mir seinen Anfang nehmen mußte (Bluthusten), nach einem kleinen Diner, wo wir sehr heiter gewesen waren. Gott sei Dank, gehts nun besser; aber welche Aussicht bleibt uns, wenn drei Glieder der Familie an dem Leiden gestorben und sie in sechs Monaten zwei Anfälle hatte.“

Im April des Jahres 1833 wurde obiger Brief geschrieben; denselben Monat starb Fürst Radziwill an der Grippe. Elisa befand sich damals in einem Zustand, daß man ihr den Tod des Vaters nicht mittheilen durfte. Als sie ihn endlich erfuhr, nahm sie die Nachricht ruhiger auf, als man geglaubt hatte. Es scheint, als ob sie auch ihre baldige Auflösung geahnt habe, denn schon im Herbst des folgenden Jahres starb sie in Freienwalde. Zweifellos hat die seelische Prüfung, die über sie gekommen, ihr Ende beschleunigt, und dieser Umstand nach dem Volksglauben, daß sie an gebrochenem Herzen gestorben, Vorschub geleistet haben. Im Gemüth des deutschen Volkes wird sie als leuchtende und rührende Gestalt mit dem Andenken Kaiser Wilhelms verknüpft bleiben; denn die Entsagung, die ihr hartes Erdenloos gewesen, hat der Nation reiche Früchte gezeitigt. Gleichzeitig aber webt ihre Erscheinung einen unsagbaren Duft von Jugend und Poesie um die Heldengestalt Wilhelm I.; sie wird seinem Volke aus erhabener Höhe gleichsam menschlich näher gerückt, da es erfährt, wie sein Kaiser geliebt und gelitten, gerungen und entsagt und wie er schon in früher Jugend sein Herzblut tropfenweise für sein Volk und sein Haus geopfert.

In der Familiengruft ruht die sterbliche Hülle Elisa Radziwills; ihre eigentliche Ruhe- und Bergestätte wird im Herzen und Andenken liebevoller Naturen sein; durch Entsagung Eins mit dem Mann ihrer Liebe, erscheint sie als sein guter Geist, als eine der edelsten und rührendsten deutschen Frauengestalten, auf deren Scheitel ein Abglanz von der edlen Weiblichkeit der Königin Luise ruht, die wie sie in Kummer geschieden, um unsterblich im Herzen der Nation fortzuleben.

Stadtverordneter Herzberg steht der Vorlage auch sympatisch gegenüber. Doch kann er nicht die Einrichtung von Läden billigen. Nach seiner Ansicht vertheuern dieselben den Bau, und nach einigen Jahren müßten sie doch schon zu Bureaux umgebaut werden, wodurch abermals Kosten entstehen würden. Man könne die Kassen im Parterregeschoß unterbringen und im Erdgeschoß einen Rathskeller anlegen. Für die Annahme eines Projekts, welches die Einrichtung von Läden fordere, könne er nicht stimmen.

Fahle: Die Zahl der Stadtverordneten sei für Posen zu gering; man werde daher bei einem Neubau auf eine größere Zahl von Stadtverordneten zu rechnen haben. Wenn es feststehe, daß ein größerer Raum im Rathhause nicht zu beschaffen ist, sei die Bedürfnißfrage unzweifelhaft zu bejahen. Ihm widerstrebe jedoch alles, was für die Zwecke der städtischen Verwaltung nicht direkt bestimmt und ihr fremd ist, so die Unterbringung der Börse, der Läden oder eines Restaurants in den Gebäuden der Stadtverwaltung. Man müsse sich auf das Nothwendige beschränken und nichts Fremdes in den Bau hineinbringen.

Auch Stadtverordneter Lißner ist der Ansicht, daß die Zersplitterung zu groß ist, und daß die jetzigen Räume ganz unzureichend sind. So weit der Redner verstanden werden konnte, tritt er für die Annahme der Vorlage ein.

Oberbürgermeister Mueller ergreift nochmals das Wort, um den Standpunkt des Magistrats noch einmal klar zu machen. Der Magistrat könne unmöglich die Sache so auffassen, daß man die Nothwendigkeit der Ersetzung eines Lokales durch ein anderes so beurtheile, wie sie auf die Aufsichtsbehörde wirke, welche im äußersten Nothfalle sage: Die Zustände seien nicht mehr zu dulden. Die Stadt dürfe es doch nicht darauf ankommen lassen, von der Sanitätspolizei angehalten zu werden, ihre Kassenlokale zu zu räumen; denn diese Räume im Rathhause seien geradezu polizeiwidrig. Er könne nicht länger die Verantwortung tragen, daß die Beamten in solchen Räumen arbeiten. Komme wider Erwarten der Stadthausbau nicht zu Stande, so müßten die Kassen anderwärts hin verlegt werden. Der Magistrat sei von der Dringlichkeit der Vorlage so sehr überzeugt, daß er auch ein Projekt anzunehmen geneigt sei, welches er nicht für das idealste halte. Es sei ihm stets unsympathisch gewesen, die Börse und die Läden in das Projekt aufzunehmen, und er habe nur aus Rentabilitätsgründen diesen Vorschlag gemacht. Fasse aber die Versammlung den Beschluß, die Läden einzurichten, so würde sich der Magistrat darein fügen, denn gebaut müsse werden. Es könne nicht Jeder seinen persönlichen Willen haben wollen; wenn Einer sagt: „Wenn Läden gebaut werden, bin ich dagegen", und der Andere: „Wenn nicht Läden gebaut werden, bin ich dagenen", so legen sich die Einzelnen vorweg fest und daran könne unter Umständen die Annahme des Projekts scheitern.

Stadtverordneter Rosenfeld: Nach den Ausführungen des Magistrats und den Untersuchungen sei es für ihn zweifellos, daß das Stadthaus gebaut werden müsse, und er nehme an, daß die Versammlung die Vorlage genehmigen werde. Es seien aber nicht nur Bureau- und Geschäfts- sondern auch Repräsentationsräume nothwendig. Der jetzige Zustand sei ein unhaltbarer und der Stadt Posen unwürdig. Es dürfe nicht vorkommen, daß die Begrüßung von Gästen, wie es geschehen ist, im Flure des Rathhauses stattfindet. Er spricht sich gegen die Läden aus, denn nach den einzurichtenden Läden werden doch nur Detailgeschäfte verlegt werden, welche durch ihre Aushänge das Gebäude nur verunzieren würden.

Stadtverordneter Friedländer giebt zu, daß ein Neubau nothwendig ist und steht ihm auch sympathisch gegenüber, jedoch nur insofern, als er nur ein Verwaltungs-Gebäude gebaut wissen will. Nach der Behauptung des Stadtverordneten Prausnitz sei es möglich, einen zweckentsprechenden Sitzungssaal für die Stadtverordneten im alten Rathhause zu schaffen. Was nun die Läden anbelange, so schlage er im Interesse des Kaufmannstandes vor, an deren Stelle im neuen Stadthause Räumlichkeiten für die Börse und Handelskammer herzurichten; denn ein passendes Börsenlokal lasse sich kaum in der Stadt finden, und er glaube, die Stadt hätte die Verpflichtung, dem Handelsstande entgegenzukommen.

Stadtverordneter Dr. Landsberger tritt bedingungslos für den Stadthausbau ein, da er die Nothwendigkeit desselben anerkennt. Die Nothwendigkeit der Erweiterung des Stadtverordnetensaales sei schon jetzt vollkommen bewiesen; denn selbst bei der jetzigen Zahl der Stadtverordneten sei derselbe schon zu klein; die Luft in ihm werde bald schlecht und wirke erschlaffend. Die Möglichkeit, ihn zu vergrößern sei nicht vorhanden. Auch halte er es für keine Entweihung, wenn der Saal zu Börsenzwecken vermiethet werde. Er erinnere nur an den Artushof in Danzig, in welchem ebenfalls die Börse abgehalten wird. Niemand findet darin eine Entwürdigung des durch Traditionen geweihten Raumes. Auch möchte er darauf hinweisen, daß die Räumlichkeiten des Standesamtes nicht ihrem Zweck entsprächen. Die Trauungen fänden in einem der Weihe des wichtigen Schrittes unangemessenen Zimmer statt. Zur Vornahme solcher standesamtlichen Handlungen sei der jetzige Sitzungssaal sehr gut zu verwenden. Man möge die häßlichen Gebäude, welche ein Schandfleck für den Alten Markt sind, wegräumen und ein würdiges Stadthaus bauen.

Zum Schluß wies Stadtbaurath Grüder die Unmöglichkeit der Vergrößerung des Stadtverordneten-Sitzungssaales nach, und es wurde darauf die Debatte geschlossen. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde die Nothwendigkeit des Baues eines Stadthauses fast einstimmig anerkannt.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Lokales.

Posen, 8. November.

* **Diner.** Bei dem Direktor der provinzialständischen Verwaltung Grafen v. Posadowski-Wehner fand gestern Nachmittag ein Festessen statt, an welchem außer den Mitgliedern des Provinzial-Landtages auch die Spitzen der Behörden theilnahmen.

m. **Geschenk.** Wie sich unsere Leser noch zu erinnern wissen werden gab die Kapelle des schwedischen Husaren-Regiments „Kronprinz" im Sommer d. J. bei ihrer Durchreise nach Rußland im Viktoriagarten einige mit großem Beifall aufgenommene Konzerte. Wie seiner Zeit berichtet wurde, folgte dieselbe einer Einladung des Trompeterkorps des Leib-Husaren-Regiments Nr. 2 Kaiserin nach dem bei Bartholdshof gelegenen Kasernement des letztgenannten Regiments, woselbst in dem Unteroffizier-Kasino ein Festessen stattfand. Als Dank für die den fremden Gästen zu Theil gewordene Ovation sind dem Korps vor einigen Tagen zwei Bilder in kostbaren Rahmen, die Mitglieder der Kapelle des schwedischen Husaren-Regiments „Kronprinz" darstellend, aus Schweden zugesandt worden. Während das eine Bild für den früheren Stabstrompeter Oppermann — jetzt in Königsberg — bestimmt ist, wird das andere, dem Trompeterkorps gespendete seinen Platz im Unteroffizier-Kasino der Husarenkaserne erhalten.

* **Ein Rußbrand** brach gestern in dem Grundstück Nr. 19 in der Friedrichsstraße aus, wurde jedoch bald von der Feuerwehr gelöscht.

* **Aus dem Polizeiberichte.** Verhaftet wurde gestern am Petriplatz ein Schneidergeselle wegen fortgesetzter Belästigung des Publikums. — Zur Bestrafung notirt wurden gestern mehrere Fleischer, weil sie aufgeblasenes Fleisch feilhielten. — Beschlagnahmt und vernichtet wurde eine Kälberlunge. — In dem Grundstück Kleine Gerberstraße Nr. 8 wurde ein lebendes Kalb aufgefunden, das nach dem Asservationshof geschafft wurde. Wie sich später herausstellte, gehörte letzteres einem Fleischer aus der Sandstraße. — Gefunden: in der St. Martinstraße ein goldenes Armband und ein Spazierstock und in der Wasserstraße eine Blechkanne mit 20 Liter Petroleum. — Verloren: ein goldenes Kreuzchen auf dem Wege vom Graben nach der Pauli-Kirchstraße, eine silberne Cylinderuhr mit kurzer Kette von der Wasser- nach der Großen Gerberstraße, ein Armband vom Zoologischen Garten nach der Gr. Ritterstraße, ein Portemonnaie mit beträchtlichem Inhalte vom Wilhelmsplatz nach der Wallischei Nr. 18 und ein Portemonnaie mit Inhalt von der St. Martinstraße nach dem Alten Markt.

Handel und Verkehr.

** **Berlin**, 8. Novbr. [Städtischer Zentralviehhof.] (Privattelegramm der „Posener Zeitung.") Zum Verkauf standen: 303 Rinder, umgesetzt 150 Stück, Preis unverändert, 718 Schweine, Preis 57—64 Mark, Markt geräumt, 650 Kälber: Preis unverändert, ausverkauft, 56 Hammel, umsatzlos.

Telegraphische Nachrichten.

München, 8. November. (Abgeordnetenhaus.) Bei der fortgesetzten Berathung der Anträge des Zentrums erklärte der Kultusminister auf Anfragen der Abgeordneten Kanck?, Orterer und Rittler, die Ertheilung des Placets für die Infallibilität sei unmöglich, weil sich Bayern alsdann von den übrigen deutschen Regierungen trennen würde und weil man den im Vaticanum enthaltenen Generalepiskopat des Papstes für staatsgefährlich halte. Die Altkatholiken könne man erst dann als eine eigene Religionsgesellschaft anerkennen, wenn sie selbst den Wunsch hiernach äußerten. Das Placet sei unbedingt auf Glaubenssachen anzuwenden, andernfalls würde er seinen Eid auf die Verfassung brechen; darin müsse er non possumus sagen. Der Abgeordnete Fischer-Augsburg sprach sich höhnisch über den bayerischen Katholikentag aus.

[illegible]Pest, 8. November. Graf Herbert Bismarck ist gleichzeitig mit dem Hofstaat und dem Gefolge gestern Nacht hier eingetroffen; er wurde von dem Generalkonsul Plessen begrüßt. Graf Bismarck stieg in dem Generalkonsulat ab und wird heute hier verweilen. Das Gefolge reist Abends nach Venedig ab, um sich dort dem Kaiserpaar anzuschließen.

Paris, 8. November. Bei dem Jahresbankette führt das „Journal des Débats" aus, es sei eine gemäßigte Politik, welche die Wähler bei den letzten Wahlen verlangt hätten. Eine Allen offene Republik sei nothwendig, welche die Fähigkeit habe, eine wirklich nationale Regierungsreform zu werden, indem sie eine unzweideutige, klare Politik einhalte und die Strenge gewisser Gesetze bei ihrer Ausführung mildere. Die Kammern müßten das Gleichgewicht im Budget herstellen, mit klugen Reformen vorgehen und der Presse und dem Parlamente gebührende Freiheiten lassen.

London, 8. November. Dem „Bureau Reuter" wird aus Zanzibar vom 7. November gemeldet: In Port Durnford an der Somaliküste nördlich von Witu ist die deutsche Flagge gehißt worden.

Amtlicher Marktbericht der Marktkommission in der Stadt Posen

vom 8. November 1889.

Gegenstand.			gute W. M.	Pf.	mittel W. M.	Pf.	gering. W. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.
Weizen	höchster	pro 100 Kilogramm	—	—	18	—	17	40	17	50
	niedrigster		—	—	17	70	16	90		
Roggen	höchster		16	60	16	20	15	90	16	13
	niedrigster		16	40	16	—	15	70		
Gerste	höchster		16	50	15	70	14	90	15	42
	niedrigster		16	20	15	20	14	—		
Hafer	höchster		16	60	15	90	15	—	15	55
	niedrigster		16	20	15	60	14	—		

Andere Artikel.

		höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.
Stroh Richt-	pro 100 Kilo	7	50	7	25	7	38
Krumm-		—	—	—	—	—	—
Heu		6	75	6	25	6	50
Erbsen		—	—	—	—	—	—
Linsen		—	—	—	—	—	—
Bohnen		—	—	—	—	—	—
Kartoffeln		3	—	2	—	2	50
Rindfl. v. d. Keule p. 1 kg		1	40	1	20	1	30

		höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte M.	Pf.
Bauchfleisch	pro 1 Kilo	1	20	1	—	1	10
Schweinefl.		1	40	1	30	1	35
Kalbfleisch		1	20	1	10	1	15
Hammelfl.		1	20	1	10	1	15
Speck		1	80	1	60	1	70
Butter		2	20	1	80	2	—
Rind. Nierentalg		1	—	—	80	—	90
Eier pr. Schock		3	10	3	—	3	05

Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 8. November.

Pro 100 Kilogramm.

	feine W.		mittl. W.		ord. W.	
Weizen	18 M.	30 Pf.	17 M.	60 Pf.	16 M.	60 Pf.
Roggen	16	60	16	40	16	20
Gerste	16	50	14	50	13	—
Hafer	16	—	15	—	14	30
Kartoffeln	2	60	2	—	—	—

Die Marktkommission.

Posener Wochenmarkt.

s. **Posen**, 8. November.

Der Zentner Roggen bis 8,10 M., Weizen 8,50 Mark, Gerste 7,75—8 Mark, Hafer 7,75—8 M. Blaue Lupine 5 M. Der Markt war gut besucht. Das Bund Stroh 70–80 Pf. Auf dem Neuen Markte standen heute nur 9 Wagen mit Aepfeln zum Verkauf, der Zentner wurde mit 6—7 M. abgegeben. Der Alte Markt war mit Kartoffeln und Kraut stark befahren. Der Zentner weiße Kartoffeln 1,10—1,20 Mark, rothe 1,20 bis 1,30 Mark. Die Mandel Kraut 40 bis 80 Pfennige. Geflügel reichlich. Ein Paar Hühner 1—3 M. Ein Paar Enten 2—3,25 Mark. Eine Gans 3 bis 9 Mark. Eier sehr knapp, die Mandel 75—80 Pf. Das Pfund Butter 90 Pf. bis 1,10 Mark. Grünzeug, Gemüse, Kohlarten, rothe Rüben, Rettige reichlich und billig. Der Auftrieb auf dem Viehmarkte in Fettschweinen war über den Bedarf. Der Zentner Lebend-Gewicht 45—47 Mark bezahlt. Der Markt wurde nicht ganz geräumt. Ferkel wie bisher, knapp. Nachfrage lebhaft. Geschäft rege. Das Paar Ferkel erzielte heute 36 bis 40 Mark. Ebenso sind Faselschweine und Läufer billiger bezahlt worden. Kälber wenig, meistens leicht, das Pfund Lebend-Gewicht 25—28 Pfennige. Hammel ebenfalls knapp. Die Preise unverändert. Rinder standen um 8½ Uhr nahe an 40 Stück zum Verkauf. Der Fischmarkt war mit einer besonders großen Auswahl nicht versehen. Das Pfund Hechte 60–65 Pf., das Pfund mittelgroße Schleie 50 bis 55 Pfennige. Ein Pfund Bleie 30—35 Pf., Barsche 45—50 Pfennige, Barwine 50—55 Pf. Ein nicht unbedeutender Theil abgestorbener und schwacher Fische war auch vorhanden, und mußten billiger abgelassen werden. Die Mandel Krebse 45 Pf. bis 1 M. Das Angebot auf dem Sapiehaplatze ging über den Bedarf. Puten von 4,50—5 M. Geschlachtete Fettgänse mehr als bisher angeboten, das Pfund zu 60 Pf. Alles übrige Geflügel im Ueberfluß, zu bisherigen Preisen. Die Mandel Eier 80 Pfennige. Da Pfund Butter 1 bis 1,15 Mark.

Börse zu Posen.

Posen, 8. November. (Amtlicher Börsenbericht.)
Spiritus. Gekündigt — — L. Kündigungspreis (50er) 50 80, (70er) 31,20. (Loko ohne Faß) (50er) 50,80 (70er) 31,20.

Posen, 8. November. (Börsenbericht.)
Spiritus fester. Loko ohne Faß (50er) 50 80, (70er) 31,20.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 8. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein).

			Not. v. 7.	
Weizen matt				
pr. Novbr.-Dezbr.	183	50	184	25
„ April-Mai 1890	192	50	193	25
Roggen ruhig				
„ Novbr.-Dezbr.	168	50	168	75
„ April-Mai 1890	170	—	170	50
Rüböl fest				
pr. April-Mai	64	20	64	—
Hafer ruhig				
pr. April-Mai 1890	159	25	159	50

			Not. v. 7.	
Spiritus behauptet				
unverst. mit Abgabe				
v. **50 M.** loco o. F.	51	70	51	70
„ Novbr. Dezbr.	50	50	50	50
unverst. mit Abgabe				
v. **70 M.** loco o. F.	32	30	32	30
„ Novbr.-Dezbr.	31	20	31	20
„ April-Mai 1890	32	20	32	30
„ November	31	60	31	70

Kündig. in **Roggen** 1250 Wspl. — Kündig. in **Spiritus** —,000 Ltr.

Deutsche 3½% Reichsa.	102	40	102	70
Konsolidirte 4% Anl.	106	30	106	60
Pos. 4% Pfandbriefe	100	70	100	70
Pos. 3½% Pfandbr.	100	25	100	20
Pos. Rentenbriefe	104	25	104	25
Oestr. Banknoten	171	55	171	70
Oestr. Silberrente	73	60	73	70
Russ. Banknoten	213	10	213	—
Russ. konf. Anl. 1871	—	—	—	—

Russ. 4½% Bdkr.-Pfdbr.	97	50	97	75
Poln. 5% Pfandbr.	62	50	62	40
Poln. Liquid.-Pfdbr.	57	20	57	25
Ungar. 4% Goldrente	86	50	86	60
Oestr. Kred.-Akt. ultimo	168	—	167	60
Oestr.-Fr. Staatsb. ultimo	103	20	102	60
Lombarden ultimo	56	80	56	60
Fondstimmung fester				

Ostpr. Südb. E. S. A.	94	90	93	75
Mainz Ludwighf. dto.	125	90	126	20
Marienb. Mlawka dto	65	30	65	—
Mekl. Franzb. Friedr.	164	—	163	80
Warsch-Wien. E. S. A	191	25	190	30
Galizier E. St. Akt.	81	25	81	40
Russ 4% konf. Anl. 1880	93	—	93	10
dto. 6% Goldrente	113	75	114	—
dto. zw. Orient. Anl.	64	75	64	70
dto. Präm.-Anl. 1866	—	—	—	—
Italienische Rente	93	70	93	90
Rum. 6% Anl. 1880	106	90	106	80

Pos. Provinz. B. A.	118	—	118	—
Landwirthschft. B. A.	—	—	—	—
Pos. Spritfabr. B. A.	—	—	98	—
Berl Handelsgesellsch	194	25	194	10
Deutsche B. Akt.	172	—	172	—
Diskonto Kommandit	237	80	237	75
Königs- u. Laurahütte	169	10	168	80
Dortm. St. Pr. La. A.	131	10	128	50
Inowrazl. Steinsalz	52	50	53	75
Schwarzkopf	283	—	285	—
Bochumer	233	75	234	—
Gruson	208	—	209	80

Nachbörse: Staatsbahn 103 20 Kredit 167 60 Diskonto-Kom. 238 30
Russische Noten 212 — (ultimo)

Stettin, den 8. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

			Not. v. 7.	
Weizen matt				
Nov.-Dez. a. Usan.	182	—	182	—
Nov.-Dez. neue „	—	—	—	—
April-Mai a. Usance	187	50	188	—
April-Mai neue „	—	—	—	—
Roggen ruhig				
Nov.-Dez. a. Usan.	163	—	163	—
Nov.-Dez. neue „	—	—	—	—
April-Mai a. Usance	166	—	166	—
April-Mai neue „	—	—	—	—

			Not. v. 7.	
Spiritus ruhig				
unverst. mit Abgabe				
v. **50 M.** loco o. F.	50	60	50	60
unverst. mit Abgabe				
v **70 M.** loco o. F.	31	20	31	10
pr. Novbr.-Dezbr.	30	30	30	40
pr. April-Mai	31	20	31	20
Rüböl behauptet				
pr. Novbr.-Dezbr.	70	—	70	—
pr. April-Mai	64	—	64	—
Petroleum fester	12	20	12	15

Petroleum loco versteuert Usance 1¼ %.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 7. November, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.		Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	769	SSW	5	Regen	12
Aberdeen	763	SW	2	halb bedeckt	15
Christiansund	759	NW	4	wolkig	5
Kopenhagen	764	WNW	4	Regen	8
Stockholm	758	N	4	bedeckt	4
Haparanda	754	O	2	bedeckt	3
Petersburg	761	SO	1	Nebel	4
Moskau	770	S	1	Regen	1
Cork, Queenst	774	WSW	3	wolkig	12
Cherbourg	774	WSW	1	halb bedeckt	11
Helder	771	SW	3	wolkig	10
Sylt	766	S	2	Regen	9
Hamburg	769	WSW	3	bedeckt	7
Swinemünde	767	WSW	5	bedeckt	7
Neufahrwasser	763	WSW	3	bedeckt	7
Memel	761	SO	6	Regen	7
Paris	776	NNW	1	Dunst	— 1
Münster	773	WSW	3	halb bedeckt	5
Karlsruhe	775	NO	5	bedeckt	7
Wiesbaden	774	NW	1	bedeckt	6
München	775	NW	2	Nebel	4
Chemnitz	774	WSW	2	bedeckt	5
Berlin	771	NNW	5	bedeckt	6
Wien	772	NW	2	bedeckt	9
Breslau	771	W	5	bedeckt	5
Ile d'Aix	777	NNO	4	wolkenlos	7
Nizza	—				
Triest	769	NO	3	halb bedeckt	13

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Ein Maximum über 770 mm liegt über der Nordhälfte Frankreichs, ein Minimum, unter 755 mm, bei Wisby. An der deutschen Küste wehen meist frische westliche und südwestliche Winde. Vereinzelt meldet Rügenwaldermünde stürmischen Südwest. In Central-Europa ist das Wetter mild, trübe und vielfach neblig, erhebliche Niederschläge werden nicht gemeldet. In Deutschland liegt die Temperatur bis zu 4 Grad unter der normalen.

Deutsche Seewarte.

* **Wasserstand der Warthe.** Telegramm aus Pogorzelice vom 8. November cr.: 1,97 Meter.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Comp. (A. Röstel) in Posen.